



### Drei Bücher zum Osterfest

Wer zu Ostern nicht nur Internet-, Video- und Fernsehwelten erleben will, sondern auch noch Freude am Lesen hat ... mehr auf Seite 13!

Grüner Strom - nicht nur im Frühling  
auf Seite 9

April 2000  
DM 2.00 / 1.02 €

# oha

Zeitung aus dem Pfaffenwinkel

19. Jahrgang · Nr. 221 · 04/2000 · B 10417 E  
Herausgeber: Presseverlag Oberland



Seite 6/7/8  
Umweltinitiative  
Pfaffenwinkel e.V.



Seite 9  
BirdNaturschutz  
WM-SOG

Schongau hat's und einige Gedanken zu den geplanten Kompetenzzentren an Berufsschulen Seite 3

Blitzschnelle Vorstandswahlen bei der Umweltinitiative - Mobilfunk in Peiting + Sanfte Energie Seite 6/7/8

LEW blockiert nicht mehr Seite 11  
Neue Internetangebote Seite 13  
Sprachtest in Bayern Seite 14

## Richtervolksbegehren kommt!

„Damit Becksteins fauler Trick nicht gelingt“ zieht das Aktionsbündnis „Macht braucht Kontrolle“ das Volksbegehren für größere Unabhängigkeit der Fachrichter zurück — Nur das Volksbegehren „Macht braucht Kontrolle: Für ein unabhängiges Verfassungsgericht in Bayern“ findet statt: Eintragungsfrist vom 9. bis 22. Mai!

**München.** – Das Aktionsbündnis „Macht braucht Kontrolle“ wird im Mai nur das Volksbegehren „Für ein unabhängiges Verfassungsgericht in Bayern“ durchführen.

Das zweite Volksbegehren für eine größere Unabhängigkeit aller übrigen Richter zogen die Initiatoren noch Ende März zurück, weil für zwei Kraftakte binnen vier Wochen die organisatorischen und finanziellen Mittel fehlen. Das Aktionsbündnis schickt den Gemeindeverwaltungen nur die Unterschriftenlisten zum Volksbegehren „Macht braucht Kontrolle: Für ein unabhängiges Verfassungsgericht in Bayern“ zu, das vom 9. bis 22. Mai stattfindet.

„Innenminister Günther Beckstein will durch die schikanöse Trennung der Eintragungsfristen beide Volksbegehren kaputt machen“, erklärte in München der Vertrauensmann der Volksbegehren, Andreas Meisterernst. „Nur wenn wir uns auf ein Volksbegehren konzentrieren, haben wir Erfolg. Becksteins fauler Trick darf nicht gelingen. Wir wollen jetzt den Machtmissbrauch einer Partei bei der Besetzung des Verfassungsgerichts stoppen. Besser ein Volksbegehren gewinnen als zweimal baden gehen“, sagte Meisterernst. Durch die

Trennung der Eintragungsfristen müssten die Bürger binnen vier Wochen zweimal zum Eintragen ins Rathaus gehen. Die Kosten für die Kommunen und das Aktionsbündnis würden sich fast verdoppeln. Den Gemeinden hätte die Trennung der Fristen mehrere Millionen Mark gekostet.

Zur Einführung eines Richterwahlausschusses für die übrigen Gerichte, dem Richter, Rechtsanwälte und Landtagsabgeordnete angehören, wird es möglicherweise später ein neues Volksbegehren geben. Das Grundgesetz sieht in Artikel 98, Absatz 4, einen Richterwahlausschuss vor. In Bayern entscheidet allein die Staatsregierung über Anstellungen und Beförderungen. Die Präsidentenämter der Fachgerichte vergibt das Kabinett, alle übrigen Posten die jeweiligen Fachminister.

Das Aktionsbündnis hatte am 6. Dezember 26 000 Unterschriften für ein Volksbegehren für eine größere Unabhängigkeit aller Richter beim Innenministerium abgegeben. Nach einer Klage des Ministeriums splitteten die Münchner Verfassungsrichter den Gesetzentwurf in zwei Teile auf. Zusätzlich legte Beckstein – mit nachträglicher Billigung der höchsten Richter (siehe auch Kasten auf Seite 2) – die zweiwöchigen Eintragungsfristen kurz hintereinander statt zusammen. Die Unterstützterlisten für „Macht braucht Kontrolle: Für ein unabhängiges Verfassungsgericht in Bayern“ sollten vom 9. bis 22. Mai und für „Macht braucht Kontrolle: Für eine de-



Unscheinbar und trotzdem bedenklich

### Mobilfunksender in Kinsau Widerstand formiert sich

(hk) Wie in anderen Orten, schaffte es Mannesmann mit verharmlosenden Worten auch in Kinsau, dass ein Privatgrundstücksbesitzer mit der Installation einer Mobilfunkstation einverstanden war. Der Sender, der offensichtlich noch nicht in Betrieb ist, wurde Mitte März am südlichen Ortsrand auf einem Hochspannungsmasten montiert. Er befindet sich ca. 350 Meter vom nächsten Wohngebiet.

Dieses Vorhaben stieß in der Kinsauer Bevölkerung schnell auf Unbehagen, da die biologisch bedenkliche Strahlung große Teile von Kinsau erfasst und gerade im angrenzenden Baugebiet viele junge Familien mit Kindern wohnen.

Neben rechtlichen Prüfungen wird von den BürgerInnen möglicherweise auch eine Gesundheitserhebung in Betracht gezogen. Dadurch soll eine evtl. Veränderung des Gesundheitszustandes festgehalten werden, wofür der Schweizer Mediziner Braun von Gladiß schon den Nachweis erbracht hat. Da im Nahbereich auch Weideflächen sind, wird auch an eine Erhebung über Veränderungen bei Tieren nachgedacht.

Wer in Kinsau daran interessiert ist, diesen und zukünftige Mobilfunksender zu verhindern – schließlich gibt es neben Mannesmann noch drei weitere Betreiber, die Standorte suchen – kann sich bei Karin Haseitl (08869-5142) melden.

**Spenden Sie!**  
Von den benötigten 300 000 DM fehlt noch knapp die Hälfte.  
Konto-Nr. 5817711158 bei der Bank für Sozialwirtschaft, BLZ 370 205 00

weiter auf Seite zwei